

Finger weg von der Polizeiwache Gevelsberg!

Die Wache bleibt in unserer Mitte!

Gevelsberg kämpft für seine Polizei!

Mit großer Empörung und tief empfundener politischer Enttäuschung müssen Rat und Verwaltung der Stadt Gevelsberg zur Kenntnis nehmen, dass der Landrat des Ennepe-Ruhr-Kreises in seiner Funktion als Kreispolizeibehörde offenbar eine Schließung der Polizeiwache Gevelsberg im Zuge einer umfassenden Konzentration der Polizeidienste im südlichen Ennepe-Ruhr-Kreis anstrebt. Allein die Absichtserklärung einer Schließung, wie sie aus der Kreistags-Drucksache Nr. 104/2017 für jeden politisch denkenden Menschen klar herauszulesen ist und vom Kreispolizeidirektor Klaus Menningen als „zwangsläufige Folge“ einer Konzentration der Polizeidienste auf dem Strückerberg in der Sicherheitskonferenz am 29. November 2017 bestätigt wurde, hat die Gevelsbergerinnen und Gevelsberger in ihrem Sicherheitsgefühl massiv verunsichert und in allerhöchste Alarmbereitschaft versetzt.

Als gewählte Repräsentantinnen und Repräsentanten der Gevelsberger Bürgerschaft rufen wir Landrat und Kreistag des Ennepe-Ruhr-Kreises dazu auf, alles zu unterlassen, was in der derzeitigen politischen Vertrauenskrise in unserem Lande nun auch noch vor Ort das Vertrauen in gewachsene Strukturen der polizeilichen Sicherheits- und Daseinsvorsorge gefährden und das beispiellose Miteinander unserer Gevelsberger Polizeiwache mit allen gesellschaftlichen Akteuren in unverantwortlicher Weise beenden würde.

„Finger weg von der Polizeiwache Gevelsberg!“, ruft der Rat der Stadt Gevelsberg deshalb den politisch Verantwortlichen des Ennepe-Ruhr-Kreises zu und wird sich zur Durchsetzung dieser politischen Forderung in den nächsten Wochen auf das Engste mit der Gevelsberger Bevölkerung zu einer breiten Bewegung für den uneingeschränkten Erhalt bewährter Polizei- und Ordnungsstrukturen in Gevelsberg zusammenschließen.

Der Rat der Stadt Gevelsberg empfindet es als besonders misslich, dass die Konzentration der Polizeiwachen am Standort des geplanten Gefahrenabwehrzentrums in Ennepetal im Zuge der Kreistags-Drucksache Nr. 104/2017 erst zu einem Zeitpunkt „serviert“ wurde, als unter den Bürgermeister/innen des südlichen Ennepe-Ruhr-Kreises bereits vertrauensvoll und solidarisch ein Konsens zu einem möglichen Gefahrenabwehrzentrum auf Ennepetaler Stadtgebiet erzielt worden war. Die Zustimmung des Gevelsberger Bürgermeisters zu diesem Standort war eindeutig auf der Geschäftsgrundlage eines Vorhabens ohne ein „Polizeimodul“ erfolgt. Die nachträgliche Verknüpfung der beiden Themenkreise „Gefahrenabwehrzentrum“ und „Polizeimodul“ mit ihren verheerenden Auswirkungen auf die Eigenständigkeit der Polizeiwache Gevelsberg war deshalb politisch mehr als unangebracht. Gewachsenes Vertrauen der Stadt Gevelsberg zum Ennepe-Ruhr-Kreis wurde damit empfindlich gestört. Dies gilt insbesondere auch für die zeitliche Enge und die Unabgestimmtheit, mit der die Beschlussempfehlung den Betroffenen übermittelt wurde.

Der Rat der Stadt Gevelsberg verlangt darum mit Nachdruck von allen Entscheidungsträgern des Ennepe-Ruhr-Kreises ein **Moratorium der Kreispolitik**:

Der Beschluss des Kreistages über die Kreistags-Drucksache Nr. 104/2017 muss solange ausgesetzt werden, bis in einem echten und gerade bezüglich des Polizeimoduls tatsächlich ergebnisoffenen Dialog zwischen dem Kreis und seinen Städten geklärt ist,

welche polizeilichen und sicherheitspolitischen Auswirkungen von der Beschlussempfehlung des Landrates in Wirklichkeit ausgehen.

Der Rat der Stadt Gevelsberg gibt zu bedenken, dass ohne eine eigenständige Polizeiwache in Gevelsberg

- die über Jahrzehnte erfolgreich gewachsene Integration der Polizeiwache Gevelsberg in alle sozialräumlichen Strukturen unserer Stadt ein abruptes Ende fände!
- der seit vielen Jahren postulierte Anspruch der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik, die Polizei stärker in die Fläche und näher zu den Menschen zu bringen, regelrecht auf den Kopf gestellt würde!
- der jederzeitige Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu „ihrer“ Polizei im Herzen der Stadt von einer „24-Stunden-rund-um-die-Uhr-Erreichbarkeit“ auf „Sprechstunden eines Bezirksdienstes“ verzweigt würde!
- das Gevelsberger Sicherheitskonzept der kurzen Wege, das unsere lebendige Stadt mit ihren ungezählten Veranstaltungen besonders in den Abendstunden und an Wochenenden so dringend braucht, verloren ginge (weil es von einer Polizeieinheit auf der „Grünen Wiese“ schlichtweg nicht gewährleistet werden kann)!
- vor allem ältere, behinderte, wirtschaftlich schwache und mobilitätseingeschränkte Menschen den Kontakt und niedrigschwelligen Zugang zu ihrer Polizeiwache am Ort verlieren, zumal der vom Kreis beabsichtigte Standort über eine völlig unzureichende ÖPNV-Anbindung verfügt!
- die Vernetzung von Stadt und Polizei, wie sie am Standort Gevelsberg auf kurzen Dienstwegen in einer tatsächlich gelebten Ordnungspartnerschaft verwirklicht ist, einen herben Rückschlag erführe!
- schlussendlich die Entstehung rechtsfreier Räume begünstigt wird!

All das bewegt die Gevelsbergerinnen und Gevelsberger in diesen Tagen zutiefst und wir werden als ihre demokratische Vertretung mit ihnen gemeinsam in demokratischer Verantwortung und unter Ausschöpfung all unserer Möglichkeiten für den Erhalt der Polizeiwache in unserer Mitte streiten. Unser politisches Bekenntnis lautet:

- Polizeiliche Sicherheit und funktionierende Ordnungspartnerschaften können weder auf der „Grünen Wiese“ noch an „Schreibtischen“ gestaltet und gelebt werden, sondern nur „vor Ort“ im Zentrum unserer Städte!
- Polizeiliche Nähe heißt immer und zuvorderst auch eine sozialräumliche Nähe, die die Menschen tatsächlich sehen, spüren und erleben können!
- **Präsenz im Stadtbild ist Anfang und Kern aller Prävention!**